

Deutschland-Hanau: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 141/2023 25/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Magistrat der Stadt Hanau
Postanschrift: Am Markt 14-18
Ort: Hanau
NUTS-Code: DE719 Main-Kinzig-Kreis
Postleitzahl: 63450
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): über Eigenbetrieb Hanau Infrastruktur Service
E-Mail: tabea.schneider@hanau.de
Telefon: +49 6181/295-1960
Fax: +49 6181/295-1620
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.hanau.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E95175613>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E95175613>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Stadtbauplan GmbH
Postanschrift: Rheinstr. 40-42
Ort: Darmstadt
NUTS-Code: DE711 Darmstadt, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
E-Mail: jkp@stadtbauplan.de
Telefon: +49 615199570
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.stadtbauplan.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neugestaltung Johanneskirchplatz in Hanau (Freianlagen und Verkehrsanlagen)
Referenznummer der Bekanntmachung: HIS-VS 23-05

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

In diesem Verfahren werden Planungsleistungen für die Neugestaltung des Johanneskirchplatzes in Hanau vergeben. Auftragsgegenstand sind Leistungen der Objektplanung Freianlagen gemäß §§ 38 ff. HOAI und Verkehrsanlagen gemäß §§ 45 ff. HOAI als ein zusammenhängender Auftrag.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE719 Main-Kinzig-Kreis

Hauptort der Ausführung: Johanneskirchplatz, 63450 Hanau

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Projektbeschreibung:

Im Zuge des Städtebauförderprogramms „Aktive Kernbereiche in Hessen“ soll der Johanneskirchplatz am Westrand der Hanauer Altstadt neugestaltet und aufgewertet werden. Die Johanneskirche, die sich in der Mitte des Platzes befindet, stammt aus der Mitte des 17. Jahrhunderts. Nach ihrer Zerstörung am 19. März 1945 und dem Wiederaufbau in den 1950er Jahren wurde sie säkularisiert und dient heute als Gemeindezentrum der vereinigten Hanauer Stadtkirchengemeinden.

Die aktuelle städtebauliche Situation ist nicht zufriedenstellend. Die Raumwirkung als Platz ist kaum gegeben. Straßen- und Platzbeläge sind uneinheitlich, die Möblierung (Poller, Laternen, Straßenschilder) und Begrünung sind sukzessive ergänzt worden und hinterlassen den Eindruck eines versatzstückartig zusammengesetzten Straßenraums. Gemindert wird die räumliche Qualität durch zahlreiche Graffiti, abblätternen Putz und einer schlechten Nachtbeleuchtung.

Dieser insbesondere abends bisher kaum wahrnehmbare, für Hanau jedoch einzigartige, Ort soll durch die Neugestaltung des Platzes aufgewertet und akzentuiert werden. Der Bezug zu dem auch im Kirchengrundriss ablesbaren Verlauf der alten Stadtmauer bildet ein zusätzliches besonderes städtebauliches Motiv.

Der Raum ist aufgeteilt in einen privaten und einen öffentlichen Bereich. Der private Bereich, im Zentrum des Platzes, auf dem sich die Johanneskirche befindet, ist Eigentum der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Hanau und wurde bereits 2018 umgestaltet. Nun soll

auch der öffentliche Raum, welcher in Johanneskirchplatz West und Johanneskirchplatz Ost unterteilt ist, umgestaltet werden. Die Gestaltung der Verkehrs- und Freiflächenanlagen sind verzahnt zu sehen und für die Raumentwicklung relevant.

Die Umgestaltung liegt in direktem Umfeld von zwei Schulen und der Hanauer Tafel.

Für die Ramsaystraße gibt es Überlegungen zur Einrichtung einer Fahrradstraße.

Im Rahmen der Baumaßnahme werden die Versorgungsträger ihre Leitungen erneuern /austauschen.

Die förderbedingte Baufertigstellung ist spätestens Oktober 2025. Daher ist ein strikter Zeitplan sowie eine zügige Ausführung zu verfolgen.

Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie der relevanten Akteure wie Stadtkonzern, Verkehrsunternehmen und Umwelt- und Interessensverbände sollen die Akzeptanz und die Transparenz der Planung unterstützen. Im Rahmen von Bürgerinformations- und Stakeholderveranstaltungen werden die Entwicklungen und Maßnahmen kommuniziert und abgestimmt.

Dazu sollten zwei Bürgerinformationsveranstaltungen stattfinden.

Leistungsumfang (Details siehe Anlage Leistungsbeschreibung):

- Objektplanung Freianlagen nach § 38 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III (Johanneskirchplatz Ost) und

Objektplanung Verkehrsanlagen nach § 45 ff. HOAI LPH 1 bis 3 und 5 bis 9, Honorarzone III (Johanneskirchplatz West).

Besondere Leistungen

- Örtliche Bauüberwachung für Verkehrsanlagen

- Bürgerinformationsveranstaltungen

- Termine mit Gremien

Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen.

Projektzeitraum:

Beginn Planung 4. Quartal 2023

Fertigstellung Baumaßnahme Oktober 2025

Anrechenbare Kosten:

Freianlagen ca. 0,63 Mio. Euro netto

Verkehrsanlagen 1,24 Mio. Euro netto

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam/Projektorganisation / Gewichtung: 45

Qualitätskriterium - Name: Projektanalyse/Hernagehensweise / Gewichtung: 35

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Sofern zur Auftragserfüllung erforderlich

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Nach erfolgter Prüfung der eingereichten Bewerbungen anhand der nachfolgend beschriebenen Auswahlkriterien/Eignungskriterien sollen die 3-5 punktbesten Bewerber (soweit geeignet) ausgewählt und zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden. Sollten mehr als die gewünschte Anzahl an Bewerbern die Anforderungen gleich gut erfüllen, erfolgt die Auswahl durch Losverfahren aus dem Kreis der gleich gut geeigneten Bewerber. In diesem Fall werden 5 Bieter ausgewählt, bzw. per Losverfahren bestimmt.

Geforderte Nachweise:

WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT:

Umsatz:

- Umsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen der Objektplanung Freianlagen und Verkehrsanlagen

TECHNISCHE UND BERUFLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT:

Fachkräfte:

- Anzahl der qualifizierten Fachkräfte bezogen auf den Auftragsgegenstand

Referenzen:

- Referenzen für Verkehrsanlagenplanung zum Umbau innerörtlicher Straßenverkehrsanlagen im Bestand,
- Referenzen für Freianlagenplanung zu vergleichbarer Nutzung: öffentliche städtische Freianlage als frei zugängliche innerörtliche Fläche oder Platz (kein Schulhof, Kindergartenfreifläche, Vereinsanlage o.ä.)
- Referenzen zu gestalterischer Qualität öffentlicher Freianlagen (anhand einzureichender grafischer Nachweise)

Wertungsfähig sind Referenzen unter folgenden Bedingungen:

Referenzen für Verkehrsanlagenplanung:

- Leistungszeitraum: Abschluss ohne LPH 9 nicht vor 2016
- Leistungsumfang zum Stichtag der Bekanntmachung: mind. 75 % der HOAI-Grundleistung der Objektplanung Verkehrsanlagen gem. §§ 45 ff. HOAI
- Baukosten: mind. 0,5 Mio. Euro netto anrechenbare Kosten für Planung Verkehrsanlagen

Referenzen für Freianlagenplanung:

- Leistungszeitraum: Abschluss ohne LPH 9 nicht vor 2016
- Leistungsumfang zum Stichtag der Bekanntmachung: mind. 75 % der HOAI-Grundleistung der Objektplanung Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI
- Baukosten: mind. 0,5 Mio. Euro netto anrechenbare Kosten für Planung Freianlagen

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Die einzelnen Projektstufen werden nach Projektfortschritt sukzessive abgerufen (vgl. Vertrag). Sollte der Auftraggeber entscheiden, dass das Projekt nach Abschluss einer Projektstufe beendet wird, erfolgt kein weiterer Abruf. Ein Anspruch des Auftragnehmers zum Abruf weiterer Projektstufen besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Hinweise zum Umgang mit dem Datenschutz bei diesem Verfahren finden Sie in der Anlage zu dieser Bekanntmachung.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Es werden ausschließlich Teilnahmeanträge zusammen mit den erforderlichen Nachweisen berücksichtigt, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist über die Vergabeplattform eingereicht werden (nicht per Nachrichtenfunktion), die aktuellen technischen Voraussetzungen der Vergabeplattform sind zu berücksichtigen.

Der Teilnahmeantrag sowie die erforderlichen Anlagen sind vollständig auszufüllen. Bei einem elektronisch übermittelten Teilnahmeantrag in Textform muss der Bewerber zwingend erkennbar sein. Der Bewerber sowie ggf. alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und Nachunternehmer zur Eignungsleihe sind zu benennen. Darüber hinaus sind mit dem Teilnahmeantrag Angaben zur Definition KMU und entsprechende Erklärungen zur Eintragung ins Handelsregister zu tätigen.

Hinweis für Bewerbergemeinschaften:

Bei Bewerbergemeinschaften ist eine von sämtlichen Mitgliedern ausgefüllte "Bewerbergemeinschaftserklärung" (Formblatt ist Anlage zur Bekanntmachung) mit dem Hinweis auf die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder und der Benennung eines bevollmächtigten Vertreters einzureichen.

Hinweis zur Eignungsleihe:

Bei Vorliegen einer Eignungsleihe muss mit der Bewerbung der Nachweis geführt werden, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV). Der Nachweis kann z.B. durch eine Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt ist Anlage zur Bekanntmachung) geführt werden.

Folgende erforderliche Eigenerklärungen zur Eignung sowie zu den Verfahrens- und Auftragsbedingungen sind unter Pkt. 2.1. des Teilnahmeantrags abzugeben, eine unterlassene bzw. nicht vollständige Erklärung kann zum Ausschluss führen:

- Erklärung, dass die übersandten bzw. die ggf. über die Vergabeplattform mitgeteilten Änderungen der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Gegenstand des Antrages sind,
- Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und/oder Verurteilungen nach § 42 Abs.1 VgV und §§ 123,124 GWB (ausgenommen Selbstheilung – vgl. Hinweis im Teilnahmeantrag),
- Erklärung, dass eine Berufshaftpflichtversicherung (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied) besteht und dass diese im Falle einer Beauftragung ggf. entsprechend der unter Pkt. III.2.2 aufgeführten Deckungssummen für Personen- und sonstige Schäden erhöht wird,

- Erklärung, dass diese Planungs-/ Dienstleistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt,
- Angaben zur wirtschaftl. Verknüpfung mit Dritten (bei BG von jedem Mitglied und der NU),
- Erklärung zur Richtigkeit aller Angaben.

Folgende erforderliche Eigenerklärungen sind dem Teilnahmeantrag beizulegen. Eine unterlassene bzw. nicht vollständige Erklärung kann zum Ausschluss führen:

- Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12.07.2021, GVBl. S. 338 (Formblatt Anlage zur Bekanntmachung)
- Eigenerklärung der Bewerber, in der sie erklären, dass sie nicht zu den in Artikel 5k Sanktions-VO genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehören.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

UMSATZ:

Umsatz des Bewerbers jeweils für Leistungen der Objektplanung Freianlagen und Verkehrsanlagen für Einzelbewerber oder Bewerber in Bewerbergemeinschaft (dann in Summe) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Mittel. Bei Nachunternehmern gilt, dass deren Umsätze, für die für die Eignungsleihe in Betracht kommenden Leistungen ebenfalls addiert und mit angegeben werden.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindesteignung Umsatz, Freianlagenplanung und Verkehrsplanung in Summe: 0,2 Mio. Euro netto im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Das Nichterreichen der Mindesteignung führt zum Ausschluss der Bewerbung.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

FACHKRÄFTE:

- Anzahl der qualifizierten Fachkräfte bezogen auf den Auftragsgegenstand.

REFERENZEN (siehe auch II.2.9.):

Punkte (in Summe max. 100) werden wie folgt vergeben:

- 40 Punkte ab 2 Referenzen für Verkehrsanlagenplanung zum Umbau innerörtlicher Straßenverkehrsanlagen im Bestand (15 Punkte je Ref.).
- 30 Punkte ab 2 Referenzen für Freianlagenplanung zu vergleichbarer Nutzung: öffentliche städtische Freianlage als frei zugängliche innerörtliche Fläche oder Platz (kein Schulhof, Kindergartenfreifläche, Vereinsanlage o.ä.) (20 Punkte je Ref.).
- max. 30 Punkte für Referenzen zu gestalterischer Qualität öffentlicher Freianlagen (anhand grafischer Nachweise).

Bei der Bewertung geht es um grundsätzlich gestalterische Qualität sowie die Angemessenheit und Identität der nutzungs- und ortsspezifischen Gestaltung. Bewertet wird jede eingereichte Referenz individuell, die beiden besten Referenzen fließen in die Bewertung der Eignung ein.

Die Bewertung je Referenz erfolgt gestaffelt:

voll überzeugend = 15 Punkte

weitgehend überzeugend = 10 Punkte

teilweise überzeugend = 5 Punkte

nicht überzeugend = 0 Punkte

Alle eingereichten grafischen Dokumente je Referenz werden in die Bewertung aufgenommen.

Referenzen aus früheren Tätigkeiten werden zugelassen, soweit eine Bescheinigung des früheren Arbeitgebers oder Auftraggebers vorliegt, dass diese Referenzen in leitender Position erbracht wurden.

Es werden nur Referenzen gewertet, welche auf den Referenzblättern (Anlage zur Bekanntmachung) benannt oder beschrieben sind.

Die eingereichten Referenzen werden in allen Kategorien gewertet, deren geforderten Merkmale nachvollziehbar erfüllt sind.

Es werden keine Sammelreferenzen oder Rahmenverträge gewertet.

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindesteignung Fachkräfte: 2 qualifizierte Fachkräfte.

Mindesteignung Referenzen: je 1 grundsätzlich wertbare Referenz für Freianlagen und Verkehrsanlagen.

Das Nichterreichen der Mindesteignung führt zum Ausschluss der Bewerbung.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Für die Ausführung des Auftrags ist eine Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 7 des Vertragsentwurfs mit Deckungssummen in Höhe von 3,0 Mio. € für Personenschäden und 1,5 Mio. € für sonstige Schäden erforderlich (bei BG von jedem Mitglied).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4.

Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 14/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die Nachforderung von Unterlagen gemäß § 56 VgV wird vorbehalten.

Bewerbungen nur für Teilleistungen führen zum Ausschluss der Bewerbung.

Vergaberechtsrelevante Mehrfachbeteiligungen, die zu einem Verstoß gegen den Geheimwettbewerb führen, sind ausgeschlossen. Die betroffenen Bieter müssen mit der Angebotsabgabe nachvollziehbar darlegen und nachweisen, dass ein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb ausgeschlossen werden kann. Führt der Bieter den vorstehend verlangten Nachweis nicht oder nicht ausreichend, wird vermutet, dass durch seine Mehrfachbeteiligung im Vergabeverfahren der Geheimwettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden beide Angebote ausgeschlossen.

Nach Angebotsabgabe bis zur Zuschlagserteilung führt eine Veränderung in der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft in der Regel zur Nichtberücksichtigung des Angebots, sofern damit zugleich eine inhaltliche Veränderung des abgegebenen Angebots verbunden ist.

Es ist beabsichtigt, mit allen Bietern in geeigneter Form Vergabeverhandlungen zu führen. Gleichwohl bleibt jedoch vorbehalten, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote zu erteilen, sofern sich im Zuge der Verhandlungen kein Anlass ergibt zur Abgabe überarbeiteter Angebote aufzufordern.

Alle Anlagen dieser Bekanntmachung sind zu berücksichtigen.

Dies sind:

A) Anlagen dieser Bekanntmachung, die beim Teilnehmer verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

- Information zur Datenerhebung gemäß Artikel 13 DSGVO (SBP)
- Matrix – Eignungskriterien
- Matrix – Zuschlagskriterien (für Phase 2)
- Wertungsleitfaden Zuschlagskriterien (für Phase 2)
- Information zur Angebotsabgabe (für Phase 2)
- Vertragsentwurf mit Anlagen
- Leistungsbeschreibung (ist auch Vertragsanlage)

B) Anlagen dieser Bekanntmachung, die, soweit erforderlich, ausgefüllt einzureichen sind:

- Formular Teilnahmeantrag,
- Formblatt Referenzprojekte (entsprechend vervielfältigt),
- Formblatt Bewerbungsgemeinschaftserklärung (als Scan),
- Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (als Scan)
- Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12.07.2021, GVBl. S. 338
- Eigenerklärung der Bewerber, in der sie erklären, dass sie nicht zu den in Artikel 5k Sanktions-VO genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, gehören.

C) weitere Unterlagen, die mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind:

- ggfs. Angaben zu wirtschaftlicher Verknüpfung sowie entsprechende Nachweise,
- grafische Nachweise der Referenzprojekte (je Referenz max. 2 DIN A4 Seiten)

D) weitere Unterlagen, die ggfs. auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- - Bescheinigungen oder sonstige Nachweise zu den geleisteten Eigenerklärungen,
- Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen im Original

Rückfragen zum Verfahren sind über die Vergabepattform einzureichen.

Bei technischen Problemen mit der subreport ELViS Plattform wenden Sie sich bitte direkt an die Hotline 0221/985 78-0 oder info@subreport.de.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2.

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt
Postanschrift: Hilpertstr. 31, Fristenbriefkasten Luisenplatz 2
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64328
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 /+49 6151126834

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.
Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB)

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium
Darmstadt
Postanschrift: Hilpertstr. 31, Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Ort: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land: Deutschland
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

20/07/2023